

Umfassender Informationsabend zum Biosphärengebiet

Von Karl-Heinz Kleinau

Der Verein Pro Biosphäre veranstaltete im Kurzentrum eine Informations- und Diskussionsrunde zum geplanten Biosphärengebiet Oberschwaben.

BAD BUCHAU – Das vollbesetzte Foyer Tiefenbach bezeugte das große Interesse, das der angekündigten Gesprächsrunde des Vereins entgegengebracht wurde. Vertreter aus Politik waren neben der Bevölkerung ebenso zugegen, wie die örtliche Landwirtschaft und das Unternehmertum. Der Abend war dreigeteilt organisiert worden: Als Erstes bot das Naturschutzzentrum Federsee eine einführende Führung im Schutzgebiet an, dann folgte ein Vortrag mit grundlegenden Informationen zum Biosphärengebiet und im Anschluss war Platz für eine ausführliche Fragerunde und Stellungnahmen.

Dieter Giehmann von der Bürgerakademie Donau-Oberschwaben übernahm den Part der Information zum aktuellen Stand der Planungen zum Biosphärengebiet. Er betonte gleich zu Beginn, dass zwar der Landtag den Beginn des Prüfprozesses zur Errichtung des Gebietes beschlossen habe, der Prozess jedoch ergebnisoffen geplant war und dass der Beschluss zur Errichtung allein in den Händen der beteiligten Gemeinden liegen würde. Aktuell werde das Vertragswerk in den Landratsämtern erstellt, über das dann im kommenden Frühjahr die jeweiligen Gemeinde-



Dieter Giehmann erklärt das Biosphärengebiet.

FOTO: KARL-HEINZ KLEINAU

räte abstimmen sollen. Bei positivem Ausgang werde der Antrag zur Erstellung des Biosphärengebietes an die federführende Unesco weitergeleitet.

Allein in Deutschland bestehen bereits 18 Biosphärenreservate, darunter der südliche Schwarzwald und die Schwäbische Alb im Gebiet von Reutlingen über Münsingen bis nach Zwiefalten. In Oberschwaben würde das geplante Reservat mit Schwerpunkt Moorschutz vom Federsee im Norden über das westlich gelegene Pfrunger Ried reichen. Abschluss im Osten wäre das Wurzacher Ried und südlich ein Teil des Altdorfer Waldes. Das ursprünglich miteinander verbundene Allgäu ist nicht mehr im

Plangebiet. Übergeordnetes Ziel der Reservate sei das Miteinander von nachhaltiger Wirtschaftsweise. Sicherung des Wohlstandes und Schutz der Ressourcen. Allen Gebieten ist die einheitliche Aufteilung gemeinsam: Es gibt eine Kern-, Pflege- und Entwicklungszone.

Die Kernzone macht nur circa drei Prozent des gesamten Gebietes aus, hier sind menschliche Eingriffe untersagt. Die Flächen wurden so gewählt, dass sie bereits jetzt schon allesamt im Besitz der öffentlichen Hand sind und höchsten Schutzkategorien (zum Beispiel Bannwald) unterliegen. Die anschließende Pflegezone soll ungefähr 17 Prozent der Raumschaft ausmachen. Hier ist naturverträgliches Wirt-

schaften erlaubt, alle Gebiete stehen bereits jetzt schon unter Naturschutz, sodass keine weiteren Einschränkungen zu befürchten seien. Die restlichen 80 Prozent werden Entwicklungszone genannt, in dieser liegen sämtliche bebauten Flächen, Industriegebiete oder intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen, sowie Nutzwälder. In dieser Zone ist weiterhin eine wirtschaftliche Nutzung und auch Entwicklung erlaubt, es gibt keine Einschränkungen.

Der Nutzen eines Biosphärengebietes liege neben den ideellen Vorteilen als Modellregion und der deutlich besseren Sichtbarkeit im Tourismus nicht zuletzt zum einen in dem entstehenden Netzwerk aller

Beteiligten und in der zu erwartenden Förderungskulisse – diese beträgt beispielsweise auf der Schwäbischen Alb jedes Jahr zwei Millionen Euro, die für Projekte vor Ort genutzt werden können. Demgegenüber stehen die Kosten einer Geschäftsstelle, die pro Gemeinde bei einem vierstelligen Eurobetrag jährlich liegen würden, da sich das Land mit dauerhaft 70 Prozent an diesen Kosten beteilige. Die Struktur der Entscheidungsfindung für das Reservat läge größtenteils vor Ort, denn 2/3 der Stimmenteile wären kommunal, während nur ein Drittel beim Land selbst liegen würde. Als weiteren Vorteil nannte Giehmann abschließend die vertraglich gesicherte Ausstiegsklausel für

die Gemeinden, sodass bei Missfallen eine Vertragskündigung möglich sei.

In der anschließenden rege genutzten Fragerunde standen auch die Biosphärenbotschafter Dorothee und Malte Natalis und der Vereinsvorsitzende Bernhard Klein zur Verfügung. Neben technischen Fragen zum Genehmigungsablauf wurde auch mehrfach nach den Risiken gefragt. Hier sehen die Botschafter nur geringste Risiken, da zum einen ja eine Ausstiegsklausel bestünde und zum anderen keine weitere Bürokratieebene geplant sei. Alle Kern- und Pflegezonen würden bereits heute unter Schutz stehen, sodass hier schon jetzt Klarheit bestehe. Gerade die Sorgen der Land- und Forstwirte seien insofern unbegründet, aber dennoch nachvollziehbar aufgrund der negativen Erfahrungen mit der rigorosen Einführung der FFH-Gebiete. Bedauerlich und unverständlich sei hingegen, dass sämtliche organisierten Gegner des Vorhabens alle Gesprächsangebote ablehnen würden.

Sicher sei, dass Moorschutz auch in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen würde und gerade deshalb sei eine Vernetzung aller Beteiligten in einem Biosphärengebiet ein großer Vorteil, denn so könne Einfluss auf Entwicklungen genommen werden. Auf die Vernetzung und die Vorteile auch für Unternehmen ging der Leiter des Gesundheitszentrums Federsee Walter Hummler ein, seiner Meinung nach würde vor den wenigen, aber öffentlichkeitswirksamen Bedenken-

trägern das Unternehmertum vergessen. Neben dem großen Arbeitgeber Gesundheitswesen würden auch Handel und Gewerbe stark von einem Biosphärengebiet profitieren. Dass derzeit kritisch distanziertere Vorbehalte von Grundbesitzern vorhanden sind, war eine weitere Bemerkung aus dem Publikum, wobei sich die Gegner hier nicht explizit zu Wort meldeten und ihre Gegenargumente einbrachten. So wandte sich die Frage in Richtung Nutzungsmöglichkeit erneuerbarer Energien. Grundsätzlich sei in den Entwicklungszonen auch künftig jegliche Nutzung erlaubt, das beinhalte neben intensiver Landwirtschaft im bestehenden gesetzlichen Rahmen auch Freiflächen-PV-Anlagen oder Windräder.

Das passende Schlussplädoyer fand sich in Maria Tittor aus Zwiefalten. Die interessehalber anwesende Albführerin „musste sich aufgrund des Grummelns der Gegner auch noch zu Wort melden“, denn alle Sorgen und Bedenken habe es auf der Alb auch gegeben, aber heute würden alle gemeinsam den Nutzen des Gebietes erkennen und es würden sogar neue Gemeinden den Antrag auf Aufnahme stellen. Der Tourismus habe einen Schub erhalten, Handel und Gewerbetreibende profitierten und auch die Landwirtschaft könne Nutzen aus den Fördergeldern ziehen. Nach diesen Worten beendetete Bernhard Klein die Zusammenkunft und die Beteiligten führten in intensiven Einzelgesprächen den Informationsaustausch noch länger fort.